

von Fehlern, während der Verfasser nur fünf verbessert wissen will, Fehlern, welche die Lektüre des Textes ungebührlich stören und die so notwendige Kontrolle der zitierten Texte zur Qual machen.

München.

K. v. Amira.

**Festschrift des akademischen Vereins deutscher Historiker in Wien. Herausgegeben anlässlich der Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestandes. Wien, Selbstverlag 1914.<sup>1)</sup> 173 S. 8°.**

Der im Jahre 1889 gegründete akademische Verein deutscher Historiker in Wien hat zur Feier seines fünfundzwanzigjährigen Bestandes eine Festschrift herausgegeben, zu der eine Anzahl seiner Mitglieder wertvolle Beiträge beigezeichnet haben. Bei dem regen Interesse, das in den Kreisen jenes Verbandes von jeher rechtsgeschichtlichen Fragen entgegengebracht wurde, kann es nicht fehlen, daß sich einige der hier vereinigten Aufsätze auch mit Problemen befassen, die unserm Grenzgebiete angehören. Über diese soll hier berichtet werden.

In interessanten Ausführungen beschäftigt sich Harold Steinacker mit dem „Ursprung der ‚*Traditio cartae*‘ und dem westgotischen Urkundenwesen“ (S. 8ff.). Bekanntlich hatte H. Brunner in seinen grundlegenden Arbeiten zum Urkundenwesen der germanischen Völker in der *traditio cartae* das rechtsbegründende Moment des Urkundenaktes erblickt und diese überragende Bedeutung der *traditio* auf den Einfluß des spätromischen Urkundenwesens zurückgeführt. Diese Lehre Brunners ist nicht unangefochten geblieben. In jüngster Zeit hat namentlich J. Partsch, angeregt durch Freundts Buch über die „Wertpapiere im antiken und frühmittelalterlichen Recht“ (1910) die Frage erneut untersucht, ob wirklich schon das römische Recht jene Bedeutung der *traditio* gekannt habe, und ist zu deren Verneinung gelangt. Dagegen ist unbestritten geblieben die Annahme, daß jene Wirkung der *traditio* bei allen germanischen Völkern übereinstimmend vorgekommen sei, und das mußte, da doch die Germanen das Urkundenwesen von den Römern übernommen haben, die wichtigste Stütze für eine Ableitung auch der besonderen Wirkung der *traditio* aus dem römischen Recht sein.

Hier setzt nun die Untersuchung St.s ein. St. zeigt auf Grund der westgotischen Gesetzgebung (namentlich Leg. Visig. V 2, 6 kommt in Betracht) in überzeugender Weise, daß bei den Westgoten die Veräußerungsurkunde auch formlos tradiert werden konnte. Neben dem verhältnismäßig seltenen „*tradere*“ erscheint ein „*edere, dirigere*“ oder ein sonstiges „*in potestatem dirigere*“, worunter jede beliebige Übertragung zu verstehen ist, als gleichberechtigt. „Auf die Art des Übermittels kommt es nicht an, sie kann durch Überreichung, Übersendung oder in beliebiger anderer Form erfolgen.“ Wo die Urkunde feierlich tradiert wird, geschieht dies ausnahmsweise und nur zum Zwecke der Beweissicherung.

<sup>1)</sup> Der Red. erst 1916 zur Besprechung zugegangen.

Dieses Resultat wird aber vom Verfasser ausschließlich auf das westgotische Recht beschränkt. Dessen Besonderheit wird in einleuchtender Weise mit der bei den Westgoten verbreiteten Kenntnis der Schrift in Zusammenhang gebracht. Hier genügte der formlose Besitzerwerb seitens des Empfängers. Anders da, wo Aussteller und Empfänger in der Regel nicht lesen und schreiben konnten, also z. B. im Frankenreich. Hier war den Parteien natürlicherweise „die verpflichtende Wirkung der schriftlichen Erklärung fremd; sie hatten das Bedürfnis, die fremde, tote Form der Urkunde dem lebendigen Symbolismus ihres Rechtes anzupassen“. Und daraus ist die feierliche Ausgestaltung der *traditio* und ihre verpflichtende Wirkung zu erklären.

Liegen die Dinge aber so, dann gewinnt natürlich auch die Vermutung an Wahrscheinlichkeit, daß im spätrömischen Recht der *traditio cartae* nicht die von der herrschenden Meinung beigemessene Bedeutung zukommt. Denn dann wäre nicht einzusehen, warum bei der Übernahme des gesamten Urkundenwesens der Römer die Westgoten nur gerade hinsichtlich der *traditio cartae* eine Ausnahme gemacht haben sollten.

Es liegt auf der Hand, daß diese Arbeit, die in konzentriertester Form so wichtige Resultate birgt, geeignet ist, unsere Vorstellungen vom germanischen Urkundenwesen in wesentlichen Beziehungen zu modifizieren und auch auf die moderne Lehre von den Wertpapieren Einfluß auszuüben.

Wie der eben genannte Aufsatz, so setzt sich auch eine Arbeit, die Alfons Dopsch beigezeichnet hat, mit Resultaten Brunnerscher Forschung auseinander (S. 25 ff.). Sie betitelt sich „Reformkirche und Landesherrlichkeit in Österreich“ und birgt trotz ihrer territorialen Begrenztheit bemerkenswerte Ergebnisse von allgemeiner Bedeutung.

Sie stellt den Einfluß, den das Reformkirchenwesen auf die Ausgestaltung der Landesherrlichkeit in Österreich gehabt hat, in den Vordergrund ihrer Untersuchung.

Hatte Brunner in seinem Aufsatz über das „Exemtionsrecht der Babenberger“ die frühzeitige und straffe Ausbildung der Landesherrlichkeit in Österreich mit den Besonderheiten der Markverfassung in Verbindung gebracht, so möchte D. der letzteren nicht mehr so ausschlaggebende Bedeutung zuerkennen. Seiner Auffassung nach liegen die Gründe für jene Erscheinung zu einem großen Teil mit in der Tatsache, daß es den Babenbergern gelang, zahlreiche Klostervogteien, auch wenn sie sich in der Hand anderer Dynasten befanden, in irgendeiner Form in ihre Gewalt zu bekommen. D. knüpft hierbei an einen von Hans Hirsch in dessen „Klosterimmunität seit dem Investiturstreit“ S. 65 ausgesprochenen Gedanken an. Handhabe für jene Entwicklung boten den Markgrafen-Herzögen die den auch in Österreich vorhandenen Reformklöstern in Ermangelung von königlichen erteilten päpstlichen Schutzprivilegien, durch die dem Kloster Freiheit der Vogtwahl und das Recht, ungeeignete Vögte abzusetzen, gewährt wurde. Um letzteres Recht auszuüben bedurfte die Reformkirche eines starken Rückhaltes, und diesen gewann sie nicht, wie zu vermuten wäre, am König, sondern an dem „aufstrebenden Landes-

fürstentum“, das so in den Stand gesetzt wurde, eine Art Obervogtei aufzurichten. Beispiele zeigen, wie es in der Tat dem Markgrafen-Herzog gelang, eine solche Obervogtei auszuüben, wenn er nicht gar die Vogtei selbst in seinen Besitz brachte.

Unzweifelhaft ist dadurch das Aufkommen der landesherrlichen Gewalt stark gefördert worden. Wesentliche Förderung erhielt sie aber auch durch jene bekannte Bestimmung des *Privilegium minus* „ut nulla magna vel parva persona in eiusdem ducatus regimine sine ducis consensu vel permissione aliquam iusticiam presumat exercere“. Mit vollem Recht wird diese Stelle nicht lediglich auf das Exemptionsrecht des Königs bezogen. Sie berührt vielmehr, abgesehen von den kirchlichen Immunitäten, hauptsächlich das Verhältnis des Herzogs zu den im Lande bereits bestehenden Gerichtsgewalten der kleinen Dynasten. Nur glaube ich nicht, daß diese dadurch unmittelbar in Abhängigkeit vom Herzog gebracht werden sollten. Lediglich die Ausübung (*exercitio*) der Gerichtsbarkeit wird an die Zustimmung des Herzogs geknüpft. Etwas ganz Ähnliches finden wir bekanntlich im neugegründeten Herzogtum Westfalen, wenn dort der Herzog den Anspruch aufstellt, daß alle Gografen „non debent iudicare nisi auctoritate per gladium a duce recepta“ (Seibertz I. 644). Es würde also jene Stelle des *Minus*, wie schon Berchtold vermutet hatte, von der Erteilung des Bannes durch den Herzog handeln. Zwar hat sich Brunner a. a. O. 331f. gegen diese Auffassung gewandt, aber doch wesentlich nur mit der Begründung, es sei der Königsbann ausschließlich für die höhere Gerichtsbarkeit geliehen worden. Nun ist hier aber möglicherweise gar nicht vom Königsbann die Rede, sondern vom Herzogsbann, und zudem habe ich an anderer Stelle (vgl. meine *Vogtgerichtsbarkeit* S. 11f.) gezeigt, daß im 12. Jahrhundert der Königsbann nicht notwendigerweise Blutgerichtsban sein muß. Es entfällt also das Bedenken Brunners. Wir hätten dann in jener Bestimmung des *Minus* die Anordnung zu erblicken, daß jene allodialen Dynasten bzw. deren Gerichtsbeamte zur Ausübung der ihnen zuständigen nichtpatrimonialen Gerichtsgewalt einer Autorisation durch den Herzog bedurft hätten. Eine solche Bestimmung wäre, wie schon das Beispiel Westfalens zeigt, nichts Singuläres. Ein weiteres analoges Beispiel bieten die Verhältnisse Ostfrankens, wo der vom allodialen Zentherrn bestellte Zentgraf ebenfalls der Bannleihe durch den Herzog bedurfte (vgl. Günther Schmidt, *Das würzburg. Herzogtum*. 1913. S. 18ff. 30ff.). Dieses Recht der Bannleihe wird allgemein auf das Privileg von 1168 (Stumpf, *Reg.* 4095) zurückgeführt, wohl mit Recht, obschon in der einschlägigen Stelle nur von einer *concessio* des Bischofs bei der Einsetzung von Zentgrafen, nicht aber von der Verleihung des Blutbannes die Rede ist (*ne aliquis . . . centgravios constituat, nisi concessione episcopi ducis W.*). Wir hätten in diesen Befugnissen (*concessio, permissio, consensus, auctoritas*) möglicherweise eine Prärogative der herzoglichen Gewalt überhaupt zu erblicken, deren Ursprung etwa in der Mitwirkung des alten Volksherzogs bei der Einsetzung des Volksrichters zu suchen wäre (vgl. *Lex Alam.* 41, 1).

Wie dem auch sei: darin ist dem Verfasser beizustimmen, daß in  
*Zeitschrift für Rechtsgeschichte*, XXXVII. Germ. Abt. 35

jener Bestimmung des Privilegium minus eine Handhabe lag, Einfluß auf die Gerichtsgewalten der kleinen Dynasten zu gewinnen und sie allmählich in Abhängigkeit vom Herzog zu bringen. Daß dies nicht ohne Kämpfe abging, wird gegen Brunner hervorgehoben. Erleichtert wurde das Ringen hier dadurch, daß die betreffenden Geschlechter nahezu sämtlich bereits Ende des 12. und Anfang des 13. Jahrhunderts ausstarben.

Tiefer in die anregende Abhandlung einzudringen, muß ich mir versagen. Nur auf eins möchte ich noch hinweisen: Wenn die Herzöge 1188 und 1200 (S. 36 und 40) von den „termini terre nostre“ oder der „terra iurisdictionis nostrae“ reden, so ist darunter wohl die Mark, nicht aber die neu entstehende landesfürstliche Gerichtsherrschaft zu verstehen. Im Gegensatz zu den Stammländern hat die Mark stets Gebietshoheit gekannt (vgl. Rosenstock, Königshaus und Stämme 116).

In einem weiteren Aufsatz, betitelt: „Zur Rezeption des gemeinen Rechtes in Wien“ steuert Hans von Voltolini einen wertvollen Beitrag zur Rezeptionsgeschichte bei (S. 79 ff.), und zwar geht Verfasser den ersten Spuren des römischen Rechtes in der Praxis der Wiener Gerichte (Stadtrat und Stadtgericht) nach. Nach einer unmittelbar aus den Quellen geschöpften Darstellung der Wiener Gerichtsverfassung um die kritische Zeit stellt v. V. fest, daß bis in die letzten Dezennien des 15. Jahrhunderts von einer bewußten Anwendung des römischen Rechtes nicht geredet werden kann. Erst unter der Regierung Maximilians I. mehren sich die Fälle rasch, wie an verschiedenen Beispielen gezeigt wird. Als persönliche Faktoren, die zur Anwendung des gemeinen Rechtes drängten, sind in erster Linie die Stadtschreiber zu nennen, seit 1460 meist graduierte Juristen. Aber das treibende Motiv war, wie Verfasser hervorhebt, sicher auch hier das Streben nach einem einheitlichen, möglichst vollständigen und sichern Rechte.

Ins neuzeitliche Lehenwesen führt uns ein Aufsatz von Edmund Friß: „Das erste landesfürstliche Lehenallodifikationsprojekt in den Erzherzogtümern Österreich unter und ob der Enns (1642)“ (S. 111 ff.). Bei diesem Projekte handelte es sich zum ersten Male um eine Allodifikation großen Stiles, die, zur Stärkung der landesfürstlichen Finanzen geplant, sämtliche landesfürstliche Ritter- und Beutellehen umfassen sollte. Ihre Vorbereitung, ihr Verlauf und ihr Mißerfolg wird in interessanten, größtenteils aus den Akten geschöpften Ausführungen geschildert, wobei es nicht an mannigfachen Schlaglichtern auf das Lehenrecht der Zeit fehlt.

Zwei Aufsätze von W. Boguth und O. Redlich über die Gründung des Vereins und zur Geschichte des historischen Seminars an der Universität Wien sowie Arbeiten rein historischen Inhalts von H. Hirsch, R. Heuberger, F. Grüner, F. Schneider, P. Heigl, H. von Srbik und Th. Mayer vervollständigen den Inhalt dieser Festgabe, durch die der Jubilar sich selber aufs schönste geehrt hat.

Leipzig.

Heinrich Glitsch.